



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1909

544 (22.11.1909) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-318985](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-318985)

General-Anzeiger



Abonnement:

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegramm-Adresse:

„General-Anzeiger Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion, Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau (An-
nahme v. Druckarbeiten) 341
Redaktion 377
Expedition und Verlags-
buchhandlung 318

70 Pfennig monatlich.
Erlösgehalt 20 Pfg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
zuschlag 24. 40 pro Quartal.
Einzeln-Nummer 2 Pfg.

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gelesenste und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus
in Berlin und Karlsruhe.

Inserate:
Die Colonel-Beile . . . 25 Pfg.
Auswärtige Inserate . . . 30 „
Die Reklame-Beile . . . 1 Mark

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 544.

Montag, 22. November 1909.

(Wochenblatt.)

Allgemeiner Deutscher Mittelstandstag.

(Von unserem Korrespondenten.)

Leipzig, 22. Nov.

Im großen Saale des hiesigen Konzerthauses tritt heute die außerordentliche Delegiertenversammlung der Deutschen Mittelstands-Vereinigung zusammen, deren Tagesordnung eine höchst bedeutsame ist. Sie beabsichtigt nicht mehr und nicht weniger als einen Zusammenschluss aller deutschen Mittelstandsverbände, deren Zahl bekanntlich keine kleine ist, da die Frage einer wirkungsvollen Organisation des deutschen Mittelstandes von den verschiedensten Stellen aus, in erster Linie von der konservativen Partei und zuletzt noch vom Deutschen Handabund aus in die Wege geleitet worden ist. Eine einheitliche Organisation gab es jedoch bisher noch nicht, da über die verschiedensten Fragen auf dem Gebiete der Organisation noch keine Einigung erzielt worden ist. Insbesondere spielt die Frage eine große Rolle, ob sich der Mittelstand rein politisch oder rein gewerkschaftlich oder politisch-gewerkschaftlich zu organisieren habe. Von altersher haben die verschiedensten politischen Parteien den Mittelstand in sich hineinziehen versucht. Den Konservativen, National-Liberalen, den Freisinnigen und sogar den revisionistischen Kreisen der Sozialdemokratie ist der Gedanke einer Heranziehung des Mittelstandes an die Partei nicht fremd geblieben. Daneben pflegten die verschiedenen deutschen Innungs- und Gewerbevereine, der Verband Deutscher Gewerbevereine u. a. mehr die Idee einer großen deutschen Mittelstandsvereinigung, bis zuletzt eine allgemeine deutsche Mittelstandsvereinigung in Berlin entstand, die sich aber, da bald darauf der deutsche Handabund in Berlin gegründet wurde, bisher fast ausschließlich mit Auseinandersetzungen darüber zu befassen hatte, ob sie sich ihrerseits dem Handabund anschließen sollte oder nicht. Die hierüber herrschenden Differenzen führten schließlich sogar wieder zu einer Aufspaltung verschiedener größerer Mittelstandsverbände, u. a. der großen sogenannten „Düsseldorfer Richtung“, die sich jetzt „Mittelstandsvereinigung für Handel und Gewerbe“ nennt, und die westlichen und südlichen Mittelstandsvereinigungen des Deutschen Reiches umfasst, ferner die Mittelstandsvereinigung für das Königreich Sachsen uhm.

Diese und andere Gruppen des deutschen Mittelstandes will man nunmehr zu einem allgemeinen deutschen Mittelstandsverbande zusammenschließen und vor allem einen „Zentral-Ausschuss des deutschen Mittelstandes“ bilden. Religiöse, konfessionelle und parteipolitische Fragen sollen in seinen weiteren Verhandlungen vollständig ausgeschlossen sein. In der heutigen Sitzung steht daher an erster Stelle die Gründung eines „Zentral-Ausschusses des deutschen Mittelstandes“. Es soll, so heißt es in der Einladung, die von der Deutschen Mittelstandsvereinigung in Berlin und der Mittelstandsvereinigung im Königreich Sachsen ausgegeben ist, darüber beraten werden, „wie ein solcher allgemeiner Zusammenschluss des deutschen Mittelstandes herbeigeführt werden kann“. Wir denken zunächst nicht an die Gründung eines neuen Verbandes neben den schon bestehenden großen Berufsorganisationen. Vielleicht genügt es, vorläufig einen Zentral-Ausschuss des deutschen Mittelstandes aus der Mitte der Vorstände aller größeren

deutschen Mittelstandsverbände zu wählen. Diesem Ausschuss würde die Aufgabe zufallen, die Fühlung unter sämtlichen Gruppen des Mittelstandes herzustellen und die Vorbereitungen zu treffen, die ein gemeinsames Vorgehen in allen den Mittelstand betreffenden Fragen ermöglichen und verbürgen. Die Erfahrungen, welche die einzelnen Verbände im Dienste des Mittelstandes gesammelt haben, sind in diesem Ausschuss auszutauschen und zu verarbeiten. Der Zentral-Ausschuss darf sich nur mit rein wirtschaftlichen und solchen Verhandlungen beschäftigen, die zur Hebung des Mittelstandes beitragen. Religiöse, konfessionelle und parteipolitische Fragen sind streng ausgeschlossen.

An zweiter Stelle soll dann über das Thema „Mittelstand und Sanjahund“ verhandelt werden. Für den Handabund wird es sich darum handeln, bei dieser Gelegenheit die nötige Fühlung mit der Mittelstands-Bewegung zu gewinnen, da er sonst vielleicht ganz außer Konner mit diesen Kreisen kommen könnte. Auch die Beamtenschaft, die z. B. von der Düsseldorfer Richtung nicht als zum Mittelstande gehörig betrachtet wird, hat ein Interesse daran, bei den heutigen Verhandlungen nicht ausgeschlossen zu werden, jedoch man dem Verlaufe der Tagung mit allgemeinem Interesse entgegen sieht.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 22. November 1909.

Wilhelm Raabe und die Ultramontanen.

In der Zeitschrift des Vorromäusvereins erhebt der katholische Pfarrer Falkenberg Einspruch gegen eine Verfügung des preussischen Kultusministeriums, durch die die Werke Wilhelm Raabes aus Anlaß von Raabes 70. Geburtstag, nur den evangelischen Volksbibliotheken überwiesen werden seien. Wenn das stimmt, wäre das Kultusministerium das Opfer seines Entgegenkommens gegen Forderungen geworden, die die katholische Presse seit Jahren ständig erhebt. Bis in die neueste Zeit dauern die Nörgeleien und gehässigen Angriffe dieser Blätter auf alle an der Verjüngung der Volksbibliotheken arbeitenden Stellen, sobald sie Bücher an katholische Leserkreise überweisen, die irgend etwas protestantisches oder sonst dem Ultramontanismus nicht Genehmes enthalten. Man hat es erlebt, daß die „Germania“ lauten Protest erhob, als an Eidstiftliche Fortbildungsschulen ein Buch verschickt wurde, in dem die polnische Schlachzeit vom deutschen Standpunkt beleuchtet wurde; und dieselbe „Germania“ hat Leseführer für Simultan-Schulen des Litens mit leidenschaftlichem Pathos bekämpft, weil in ihnen das evangelische Pfarrhaus und evangelische Pfarrer Erwähnung fanden. Wenn da also das Kultusministerium Bücher wie den „Sungerdopfer“ nicht an katholische Volksbibliotheken verleiht, so wird dafür nur eine katholische Stelle verantwortlich zu machen sein, die sich in den Dienst des Ultramontanismus und seiner Abschließungspraxis gestellt hat. Im Jahre 1901, als die Raabe-Spende verteilt wurde, hat der Vorromäusverein auch keinen Einspruch erhoben; daß er es jetzt tut, zeigt, daß sich eine gewisse leise Reaktion auch in katholischen Kreisen gegen die Pananienpolitik der herrschenden Richtung regt. Ob die An-

sicht Falkenbergs von der „Ungefährlichkeit“ Raabes für katholische Dichtungen durchdringt, bleibt freilich abzuwarten. Schaden könnte es gewiß nichts, wenn Wilhelm Raabes Bücher auch in katholischen Kreisen gelesen würden. Aber den zielbewußten Ultramontanen ist Volksbildung von jeher ein Greul gewesen und wenn das Kultusministerium nun vielleicht das Verbot von 1901 nachholen wollte, ist so ausgeschlossen noch lange nicht, daß es trotz Falkenberg neuen Sturm erntet. Ja, wenn es sich um Karl May handeln würde!

Die Arbeitgeberversicherung gegen Streikschäden.

Die Mitgliedergesellschaften der Gesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen sind im Jahre 1908 von 18 auf 20 gestiegen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug für das Jahr 1908: 412 028 u. die versicherte Jahreslohnsumme 466 765 095 Mark. Es sind im Berichtsjahre von acht Gesellschaften Entschädigungsansprüche in Höhe von 525 318 Manntagen gestellt worden, deren Hauptanteil auf die Metall- und Lederindustrie entfällt. Die Höhe der Entschädigungssumme für 1908 stellt sich auf 153 457,13 M.; der Entschädigungsfonds beläuft sich auf 233 579,39 M., so daß die Gesellschaft für 1908 mit einem Ueberschusse von 80 122,26 M. abschließt. — Die Gesellschaft des Gesamtverbandes deutscher Metall-Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen weist im Jahre 1908: 164 863 Arbeiter gegen 165 631 im Vorjahre auf. Die versicherte Lohnsumme hat gegen 1907 um 8 403 108 M. zugenommen und beziffert sich für 1908 auf 205 482 645 M. (1907: 197 079 537 M.). Die Zahl der durch Streiks und Ausperrungen ausgesetzten Arbeitstage belief sich auf insgesamt 321 754, von denen 52 362 auf Streiks und 269 392 auf Ausperrungen entfielen. Die Gesamtschädigung erreichte 1908 die Höhe von 282 081,32 M. Die Gesellschaft schließt mit einem Ueberschusse von 321 514 M. ab. — Bei der Gesellschaft des Arbeitgeberverbandes Unterteile zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen betrug der Versicherungsbestand Ende 1907: 35 498 Arbeiter und Mark 44 871 493,31 Lohnsumme, 1908 dagegen 45 134 Arbeiter und 57 484 780,31 M. Lohnsumme; mithin beträgt die Steigerung 9636 Arbeiter (27,1 v. H.) und 12 613 286,90 M. Lohnsumme (28,1 v. H.). Im Jahre 1907 wurden für 75 541 Manntage Entschädigungen in Höhe von 61 586,79 M., 1908 für nur 41 454 Manntage solche in Höhe von 27 888,90 M. beantragt. Der Grund für die Verminderung ist in der unglückseligen Konjunktur zu suchen, die ein Abflauen der Arbeitsbewegung und damit eine Verringerung von Anträgen auf Streikentschädigung brachte.

Die Schiffsabgaben und die Verfassung.

Ueber diese Frage besteht, wie von unerrichteter Seite mitgeteilt wird, zwischen der preussischen und der sächsischen Regierung eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit. Die preussische Regierung, die ursprünglich selbst den Standpunkt vertrat, daß eine Aenderung des Paragr. 54 der Reichsverfassung notwendig ist, damit Schiffsabgaben eingeführt werden können, nimmt jetzt auf Grund von gütlichen Interpretationen des Paragr. 54, die die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung zur Einführung von Schiffsabgaben bestritten, den entgegengesetzten Standpunkt ein und hält

Seniileton.

Bismarck und Roggenbach. Neue Bismarckbücher. V.

Ein Buch liebevollen und freundschaftlichen Gedankens hat Karl Sommer dem jüngst verstorbenen großen Liberalen badischen Staatsmann und deutschen Patrioten, Franz von Roggenbach auf Grund verschiedener historischer Publikationen und persönlicher Mitteilungen gewidmet. Er erzählt das ganze inhaltsvolle und reichbewegte Leben Roggenbachs in liebevoller Ausführlichkeit und Treue, sein Wirken für den freiheitlichen Aufbau Badens, seine hervorragende Mitarbeit an der Gründung der Universität Strassburg. Besonders wertvoll wird uns diese Biographie durch die genaue und anziehende Schilderung der Beziehungen und Gegensätze Roggenbachs zu Bismarck. In Ziele waren die beiden Staatsmänner vollkommen einig, Roggenbachs großes und erfolgreiches Wirken für die deutsche Einigung verläuft in ständigen Stößen des Gegensatzes zu Otto von Bismarck. Sie haben in starker und strenger Arbeit am gleichen Werke geschaffert, innerlich verstanden haben sich der süddeutsche Staatsmann und der preussische Reichschöpfer nie.

Roggenbachs deutsches Programm deckte sich aufs genaueste mit dem Bismarcks, er ist sogar früher zur Klarheit über die Ziele der deutschen Politik gekommen als der preussische Junker. Schon Ende der vierziger Jahre, in Frank-

furt während, erhebt er, wie sein Biograph mitteilt, die Neubildung Deutschlands unter Preußens Leitung und mit Ausschluß Oesterreichs zu einem mächtigen Reiche mit vollständiger Verfassung. Im Jahre 1861 legte Roggenbach sein deutsches Programm den Regierungen der beiden Großmächte vor. Oesterreich darf nur durch ein völkerrechtliches Band, nicht aber staatsrechtlich mit Deutschland verbunden sein. Am 14. Juli 1861 hatten Bismarck und Roggenbach in Baden-Baden eine lange Unterredung über die deutsche Frage. Bismarck trug ihm seine Gedanken über Bundesstaat, Zollparlament, nationale Vertretung des deutschen Volkes vor. „Seine Ideen trafen in manchen Punkten mit denen Roggenbachs zusammen.“ Zeitweilig ist Roggenbach, der eifrige Agitator für den deutschen Bundesstaat, ein sehr aktiver Helfer Bismarcks bei dem Neubau des Reiches gewesen. Den Konferenzen der österreichischen Regierung mit den Würzburgern wirkte Roggenbach durch einen ablenkenden Vorschlag entgegen, den Bismarck als bloßen „Schachzug gegen die Scheinmänner der Würzburger Koalition“ dankend begrüßte. Zu dem Scheitern der Fürstentumskonferenz von 1863 trug nicht nur die Nichtbeteiligung Preußens bei, sondern auch die aktive Teilnahme Badens. Großherzog Friedrich wie sein Minister Roggenbach verfochten in Frankfurt entschieden die von Preußen untrennbare Zukunft des deutschen Volkes. „Wie König Wilhelm dem Großherzog, so dankte Bismarck dem badischen Staatsmann für dies Verhalten.“

Und doch strebten die beiden Zusammenarbeitenden weit auseinander und ihr Verhältnis war von bitterer Feindschaft gegen den Schluss ihres Lebens nicht fern. Freilich waren sie in ihrem Charakter so grundverschieden, daß schwerlich Berührungspunkte sich finden konnten. Roggenbach war aus anderem Holz geschnitten als Bismarck, der süddeutsche Edelmann hat wenig gemein mit dem preussischen Junker.

Roggenbach liebte, wie Verthold Auerbach von ihm bewundernd schreibt, das wohlige Wiegen im freien Wehen des Gedankens, von dort blickt er auf die Welt und sagt vor keinem Hindernis, keiner Mühe, da überall schönes Menschensein erblühen zu lassen, er erscheint als ein Mann von „süddeutscher Naturreinheit“, das braune Auge ist innig und lug. Gustav Freytag spricht von der edel gehobenen, selbstlosen Persönlichkeit des Freiherrn von Roggenbach, in geistvoller Weise plaudert er von Menschen und politischen Verhältnissen, sein Reich ist das der großen Gedanken, streng und vornehm ist er gegen den Anspruchvollen, hingebend und weich, wo er vertraut. Von diesem Charakterbilde her begreift man, daß Roggenbach und Bismarck, der Idealist und der Realist sich aber innerlich abstießen als anzogen. Zu diesem Gegensatz der Charaktere und mit durch ihn beeinflusst gestellt sich der Gegensatz der ganzen politischen Lebensauffassung. Durch ihr Neben- und Gegeneinanderwirken zieht sich der Gegensatz süddeutscher Beweglichkeit und preussischer Strenge, der ja auch heute noch unser politisches Leben, oft hemmend und störend beeinflusst, und ein reines, restloses Aneinanderstehen nicht gestattet. Wie konnten der süddeutsche liberale Staatsmann und der konservative preussische Edelmann in vertrauter Gemeinschaft desselben Weges zum gleichen Ziele ziehen?

Es ist reizvoll genug für den Politiker wie für den Historiker durch das Sommerliche Buch hin diesen Gegensatz zweier Persönlichkeiten, der doch eigentlich der Gegensatz zweier auch heute noch nicht ganz zu einer höheren Einheit verschmolzenen Welten ist, zu verfolgen.

Die erste Neuherausgabe Roggenbachs über Bismarck, die Sommer mitteilt, ist ein Wort tiefen Mitleids gegen den preussischen Staatsmann. Wir sind im Jahre 1860, Bismarck ist Gejandter in Petersburg, der Konflikt steht vor

*) Zur Erinnerung an Franz von Roggenbach von Karl Sommer. Verlag von J. F. Bergmann, Wiesbaden 1909.

eine Verfassungsänderung nicht mehr für nötig. Die sächsische Regierung dagegen hat stets die Meinung vertreten, daß der Einführung der Schiffsabgaben eine Aenderung der Reichsverfassung vorausgehen müsse, und hält an diesem Standpunkt unerschütterlich fest. Sollte zwischen beiden Regierungen eine Einigung über diese Frage nicht zu erzielen sein, so wäre der Fall einer Differenz zwischen zwei Bundesregierungen im Sinne des Paragr. 76 der Reichsverfassung gegeben und der Bundesrat zur endgültigen Entscheidung anzurufen. Da es sich aber um eine eigene Angelegenheit des Bundesrats handelt, so würde nach der bisherigen Gepflogenheit entweder das Reichsgericht oder ein besonders einzusetzendes Schiedsgericht berufen, darüber zu entscheiden, ob die Einführung der Schiffsabgaben eine Verfassungsänderung notwendig macht oder nicht. Ein Gutachten des Reichsjustizamtes, das der frühere Reichskanzler Fürst Bülow seinerzeit eingeholt hat, liegt schon längere Zeit vor und spricht sich für den Standpunkt Sachsens aus.

Die preussische Regierung bereitet über die Frage der Schiffsabgaben eine Denkschrift vor, in der sie ihren Standpunkt eingehend darzulegen versucht. Die Denkschrift wird (natürlich) vom Ministerialdirektor Peters verfaßt. Ihr Erscheinen dürfte nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die sächsische Regierung ihren Standpunkt in einer Veröffentlichung darlegen wird.

Sollte die endgültige Entscheidung über die Frage dahin gehen, daß der Einführung der Schiffsabgaben eine Aenderung der Reichsverfassung vorausgehen müsse, so würden die Schiffsabgaben kaum Geseh werden können, da Sachien die größten Anstrengungen macht, um die 14 Stimmen zusammenzubringen, die im Bundesrate zur Verhinderung einer Verfassungsänderung notwendig sind.

Die preussische Wahlreform.

In Uebereinstimmung mit anderweitigen Informationen meldet die „Tägliche Rundschau“ über die Aussichten der preussischen Wahlreform:

„Soweit wir feststellen können, liegen die augenblicklich viel diskutierten Aussichten der preussischen Wahlreform in weiter Ferne. Offizielle oder auch nur unbedeutende Verhandlungen und vorbereitende Arbeiten sind im preussischen Ministerium des Innern seit langem überhaupt nicht mehr geführt.“

Das Blatt legt noch folgendes hinzu:

„Bislang wird von einzelnen Vertretern der Regierung behauptet, daß die eventuellen Reformen nicht den Rahmen des Dreiklassenwahlrechts überschreiten, sondern vielmehr innerhalb desselben eine Verbindung zwischen dem bereits vom Fürsten Bülow empfohlenen Pluralwahlrecht und einer Neueinteilung des Wahlgenusses anstreben. Eindringende Vorschläge innerhalb des Staatsministeriums liegen jedoch noch nicht vor.“

Auf die immer wiederholte Feststellung, daß die Regierung sich zu einem positiven Entschlusse nicht durchzuringen vermocht hat, ist der Nachdruck zu legen. Statt eine frühzeitige Initiative zu ergreifen, fällt sie einer Forderung nach. Das droht für die politische Entwicklung verhängnisvoll zu werden.

Deutsches Reich.

— **Ausbreitung des Hansabundes.** Neue Ortsgruppen wurden gegründet in: Erfurt, Kassel, Kolmar i. P., Apenitz, Rostock a. D., Oberberg (Wart), Reichenbach i. B. (einschl. Reghau und Mplau), Rhend, Velten, Bernigerode. In Joidau fand eine Versammlung leitender Persönlichkeiten aus den Kreisen des Gewerbes, des Handels und der Industrie für die Stadt Joidau und für die Amtshauptmannschaften Joidau und Schwarzenberg statt, um die Organisation des Hansa-Bundes in diesem Bezirk zu regeln; es wurde beschlossen, Ortsgruppen in Joidau, Krimmitschau, Werbau, Gartenstein, Kirchberg, Ebenstorf, Johanngeorgenstadt, Schneeberg und Schwarzenberg ins Leben zu rufen. Der Verein deutscher Tuch- und Wolllwaren-Fabrikanten G. B. (Sitz: Berlin-Nachen), dem 26 Fabrikanten-Vereine angeschlossen sind, trat dem Hansa-Bunde als körperschaftliches Mitglied bei; der Verein Roggebutger Waren-Eigenten empfahl seinen Mitgliedsen, dem Hansa-Bunde ihr besonderes Interesse entgegenzubringen und weitere Mitglieder für ihn zu werben.

— **Mit der Frage der linksliberalen Einigung beschäftigt sich der „Berl. Börsenkur.“** Er meint, daß schon in den Weihnachtsferien die kleineren Parteinstanzen und vielleicht im Januar dann die Parteitage mit der Beratung und Beschlußfassung für die Vorlagen des Viererausschusses betraut

der Lüre. Da schreibt Roggenbach heftig an Sommer, Bismard sei näher, als man glaube, und mit ihm werde es zweifelhaft, ob die zu gewinnende Macht gedeihlich gebraucht werden könne. Doch will er die „Ehe mit Preußen“ im Auge behalten, wünscht deshalb mit dem Nationalverein in Verbindung zu treten, „um preussische Kraft innerhalb Preußens und deutsches Bewußtsein außerhalb Preußens in Beziehung zu setzen.“ Dielem Programm ist Roggenbach während der ganzen Konfliktzeit und über sie hinaus treu geblieben. Er bewahrte seinen unerschütterlichen Glauben an Preußens Mission und betätigte ihn, aber er glaubte nicht, daß Preußen sie unter Bismard erfüllen könne. Die Geschichte hat dann freilich anders geurteilt. Aus Bismards Gedanken und Erinnerungen (II. 206) wissen wir, daß Roggenbach zu den Männern gehörte, die dem König von Preußen rieten, dem Abgeordnetenhaus nachzugeben, sie gingen dabei von der Voraussetzung aus, daß der König ein anderes Ministerium, wenigstens einen anderen Ministerpräsidenten berufen werde. Das Sommerische Buch zeigt des näheren, wie dieser Gegenstand sich entwickelte. Der liberale süddeutsche Staatsmann hat Bismards harte Politik während der Konfliktzeit nie erfaßt und stets bekämpft. Seine Sympathien waren bei den Rechtsinnigen des Abgeordnetenhauses. Mit tiefem Schmerz erfüllte ihn die Berufung Bismards im September 1862. Er vermodte an dessen deutsche u. verfassungstreuem Gesinnung nicht zu glauben. Er mißbilligte auf der einen Seite die Kurzsichtigkeit, mit der das Abgeordnetenhaus den Konflikt verschärfte, aber er war doch mit seinem konstitutionellen Gewissen nicht im Bröckel darüber, daß die Verfassung dem Abgeordnetenhaus und nicht dem Ministerium Bismard zur Seite stand. In dem Ziele eines kleindeutschen Bundesstaates mit preussischer Spitze ließ er sich freilich dadurch nicht betören, daß „ein ihm unheilvoll erscheinender Minister“ die Geschicke Preußens leitete. Im Oktober 1862 wurde in einem offiziellen Artikel der „Kölnischen Zeitung“ ausgeführt, nicht nur der Liberalismus, der jede mögliche

werden könnten. Jedenfalls dürften selbst die Bestimmten sicher sein, daß noch in diesem Winter die Parteiversehrmelzung der linksliberalen perfekt wird. — Die „Freisinn. Ztg.“ hat Grund, anzunehmen, daß es sich bei diesen Mitteilungen um bloße Kombinationen handelt.

— **Die Bauern sind schon reich genug!** Selten hat ein Kreisvorsitzender des Bundes der Landwirte so wenig aus seinem Herzen eine Mördergrube gemacht, wie das am Samstag, den 13. November, in der Bauernbundsversammlung in Kengerich seitens des dortigen Wahlkreisvorsitzenden der Fall war. Als Dr. Böhme in seiner Rede die anwesenden Bauern aufforderte, sich nicht immer beiseite drängen zu lassen, sondern ihre Geschäfte selbst in die Hand zu nehmen und dafür zu sorgen, daß auch wirklich Bauern da, wo sie die Macht dazu haben, an die Spitze kommen und daß es nötig sei, daß sie mehr Selbstbewußtsein an den Tag legten, rief der Kreisvorsitzende des Bundes der Landwirte: „Die Bauern sind schon reich genug!“ Darauf entgegnete ihm der Referent: wenn die Bauern doch nur etwas von der Freiheit hätten, die der Vertreter des Bundes ihnen vorwürfe, dann wäre es nicht möglich, daß solche Herren vom Bunde der Landwirte hier im Saale säßen, die sich unterständen, in dieser Weise über den deutschen Bauernstand zu urteilen. Mit feierlichem Beifall wurden diese Auszögerungen begleitet.

— **Der Bewegung unter den Bergarbeitern des Ruhrreviers** wird geschrieben: Die Bergarbeiter-Organisationen sehen den Kampf gegen die vom rheinisch-westfälischen Bundesverband geplante Einführung eines Zentralarbeitsnachweises für das Ruhrrevier in ihrer Hochpresse und in öffentlichen Versammlungen mit unverminderter Schärfe fort. Die Klendgebungen lassen keinen Zweifel darüber, daß die organisierte Bergarbeiterschaft den Arbeitsnachweis, um den sich bekanntlich der Streit dreht, in der von den Grubenbesitzern vorgezeichneten Form nicht kampflos hinzunehmen wird. Da auf ein Nachgeben von Seiten des Förderverbandes nicht zu rechnen ist und ein Eingreifen der Regierung zugunsten der Bergarbeiter nach Lage der Sache ebensowenig zu erwarten ist, erscheint ein Ausstand unvermeidlich. Allerdings sind sich die Führer der Bergarbeiterorganisationen darüber klar, daß ein Massenstreik, in der gegenwärtigen Zeit wirtschaftlicher Klänge begonnen, gar nicht anders als mit einer Niederlage der Bergarbeiterschaft endigen kann. Sie sind deshalb bestrebt, den Zeitpunkt des Streikausbruchs soweit wie möglich hinauszuschieben. Inzwischen richten sie ihr Augenmerk darauf, die Organisationen zu stärken und die Sympathie der breiten Öffentlichkeit für die Sache der Bergarbeiter zu gewinnen. Ob ihnen das viel nützen wird, steht dahin.

Aus anderen Zeitungen u. Zeitschriften.

In Frankfurt a. M. hat bekanntlich unlängst eine sozialdemokratische Wahlrechtsdemonstration stattgefunden, die mit einer Beschimpfung Bismards endete. Mit großer Schärfe verurteilt ihre Veranstalter das Frankfurter jugendliberale Wochenblatt „Die Mainbrücke“:

Nicht etwa um eine großartig vorbereitete Wahlrechtsdemonstration handelte es sich, sondern um eine auf Veranlassung des Versammlungsleiters ad hoc herbeigeführte Zusammenrottung. Das wäre nichts Außergewöhnliches, außerordentlich würde sie erst durch die ungläublich geschilderte Demonstration vor dem Bismarddenkmal. Dort brachte es nämlich Herr Dr. Quard wahrhaftig fertig, auf das Postament des Denkmals wie ein Schäljunge herauf zu klettern und von dort oben in einem Atem ein Hoch auf das gleiche Wahlrecht auszubringen und den Mann zu beschimpfen, der ohne jeden äußeren Grund oder Zwang dem Deutschen Reich das freieste Wahlrecht bescherte, das es auf der ganzen Welt gibt! Zu das nicht ein Treppenhieb der Weltgeschichte! Herr Dr. Quard glaubt wohl selbst nicht, daß er damit der sozialdemokratischen Sache einen Dienst erwiesen hat. Wir sind überzeugt, daß sich tausende Arbeiter, wären sie wirtschaftlich frei und händen sie nicht unter dem Druck der Genossenschaften, mit Abscheu von einem solchen Führer abwenden würden. Sollte beinahe ein solches Verbrechen, hätte vermeiden werden müssen. Die einzelnen Zeitungen darf man übrigens gar nicht im besten Maße verantwortlich machen, denn sie suchten ohne Zweifel ja gar nicht, zu was man sie da zusammengezwungen hatte. Doppelt verantwortlich sind vielmehr die Anführer, vor allem Herr Dr. Quard und sein haderer Gesinnungsgenosse Herr Cunt.

Garantie für die Volksherrschaft begehrte, auch der unbedingteste Anhänger der deutschen Einheit müsse die Pösigkeit dieser preussischen Regierung zur Föhrung der nationalen Bewegung in Abrede stellen. Die zweite badische Kammer unterstützte Roggenbachs Widerstand gegen Bismards verfassungswidrige Politik. Doch dieser Bismard die deutsche Frage lösen werde, glaubte Roggenbach damals nicht. Er erwartete von ihm nur die Vorbedingung in dem Ausschluß Oesterreichs und vertraute auf das Kommen anderer Männer, die nach Bismard in freisinnigem, deutschem Geiste das Werk vollenden würden. Auch 1865 noch, nach seiner Entlassung hoffte oder rednete Roggenbach darauf, daß Bismard sein langes politisches Leben beschließen sein werde. In einer Unterredung mit König Wilhelm gab er der Hoffnung Ausdruck, daß wenn Bismard die Einigung Deutschlands durch Blut und Ehen herbeiföhre, dies schließlich doch der Nation und einer geordneten Freiheit zum Vortheil gereichen werde. Im Innern aber dachte er, wie Sommer erzählt, daß dieser Umkehrung nicht zum Vortheil der Bismarderei selbst ausblagen, sondern sie befeitigen werde.

Nun, die Hoffnungen Roggenbachs haben sich nicht erfüllt. Er mußte noch erleben, daß Bismard das Reich nicht nur einigte, sondern auch nach Innen ausbaute. In seinem Kampfe um die Ausschließung Oesterreichs hat Bismard dann im Jahre 1866 in Roggenbach einen mächtigen Bundesgenossen gehabt. Innerlich widerstrebte er dem preussischen Staatsmann und lehnte es daher ab, in preussischen Staatsdienst zu treten; Roggenbach bestritt übrigens freis, daß Bismard ihm ein derartiges Anerbieten gemacht habe. Bismard sei ein zu vornehmer Mann gewesen, um sich zu solchen Anerbieten zu erniedrigen. Aber Roggenbach war zu sehr deutscher Patriot, um nicht seine innerliche Mißstimmung der Sache der Reichseinigung unterzuordnen, zu einseitig und weitblickend, um nicht anzuerkennen, daß Bismard die Schöpferkraft zu dem Werke eigne. Darüber in einem weiteren Aufsatz.

Zur Frage Liberalismus und Sozialdemokratie nehmen die „Nationalliberalen Blätter“ in folgender Weise Stellung:

Zu den Vorbereitungen für die nächste Reichstagswahl gehört auch die Reform des preussischen Wahlrechts. Die höchst gekünstelten Deutlungsversuche, die jetzt konserervative Schriftsteller aller Grade an dem Verprechen der Thronrede vornehmen, sind nicht nur kränkend für den Monarchen, sondern auch beleidigend und aufreizend für das Volk. Durch Verhinderung einer Wahlreform würde man nicht gegen die Sozialdemokratie einen Damm halten, sondern die Saat gewaltig häufen. Wäher sträubten sich die Liberalen fast aller Schattierungen kräftig gegen Bündnisse mit den Sozialdemokraten. Falls in Baden und Sachsen jetzt wirklich die „Genossen“ anfangen, positive Mitarbeit zu leisten, wird sich das Verhältnis der Liberalen zu den Sozialdemokraten fortwährend schon langsam ändern. Man treibe sie nicht durch Ablehnung aller ihrer Forderungen gewaltthätig aus dem Reich und in Preußen den Kosen in die Arme! Man verleihe sich nicht zu sehr auf das Schlagwort vom gemeinsamen Feind. Alles ist im Fluß. Seit die Sozialdemokratie sich mehr und mehr dem Revisionismus zugeneigt scheint und hier und da Andeutungen zum Gegeneinandertritt macht, hat sie für viele — zum guten Teil gewiß mit Unrecht — ihre Schrecken verloren. Wenn's sich als nötig erweist, muß die drohende Gefahr mit Gewalt beseitigt werden. Aber die Gewalt ist gegen die Reaktion anzuwenden. Denn sie nähert und säugt die Sozialdemokratie.

Die „Voss. Ztg.“ hatte dieser Tage den Nationalliberalen nachdrücklich zugeredet, mit den freisinnigen gemeinsam eine Beteiligung am Reichstagspräsidium abzulehnen. Damit kann sich der „Hannov. Courier“ nicht ganz einverstanden erklären:

Wäre nicht der Schritt, der den Liberalen angethan wird, gerade ein Schicksal, der dem Kaiser mindestens einen recht plausiblen Vorwand gäbe, seine Partei ganz auf den schwarz-blauen Block einzustellen? Würde andererseits die Veranprachung eines Sitzes im Präsidium nicht gerade, im Gegenlag zu jener freisinnigen Mahnung, als ein Ausdruck des Willens anzusehen sein, dem Liberalismus ein mit aller Kraft, unter allen Umständen und an jeder Stelle auch in diesem Reichstagswahlung zu verschaffen? Wenn diese Bedeutung des Vorgehens nachdrücklich hervorgehoben wird, kann man damit jeder Mißdeutung vorbeugen. Ein Verzicht aber wird leicht und mindestens mit einigem Recht als ein Ausdruck des politischen Realismus betrachtet, der dem Gegner das Feld räumt — und der der Regierung in für sie bequemer Weise die Wege ebnet würde, ganz ins Feldlager des schwarz-blauen Blocks abzurücken, natürlich auch aus Erwägung des politischen Realismus. Wenn jener liberale Verzicht nur als Ausdruck der Bedrängung, als eine Demonstration gegen die konservativ-altkonservativ-polnische Koalition betrachtet würde, wärs doch nicht das schlimmste. Aber, ganz abgesehen von den unmittelbaren Folgen, auf die eben hingewiesen ist, würde man darin leicht einen politischen Realismus erblicken, dessen Befolgung der liberalen Sache in keinem Betracht förderlich sein kann und zu dem durchaus kein Grund vorliegt. So lange der Liberalismus noch nicht herrschend wirkt, muß er sich Kampfbereit betätigen. Ein Rückfall in die Mittel-oder-Rechts-Position ist lediglich den Feinden des Liberalismus. Nur dadurch konnten und können diese so lange ihre Herrschaft behaupten, daß der Liberalismus es nicht verstanden hat, geemigt und Schritt für Schritt seinem Ziele zuzustreben. Das sind jedenfalls Erwägungen, die gleichfalls ernste Prüfung verdienen, und wir wünschen, daß alle Schattierungen des Liberalismus sich darüber klar werden und sich noch in letzter Stunde gerade bei dieser konsequentiellen Entscheidung zu gemeinsamem Vorgehen verstehen.

Auch die „Magdeb. Ztg.“ befaßt sich in einer Zuschrift aus nationalliberalen Kreisen mit der Wahl des Reichstagspräsidiums. Sie bringt folgende grundsätzliche Betrachtung bei. Das Mittel, vom Präsidium zurückzutreten, ist in demnächstiger Weise angebracht worden, als die Reichstagskommission dem Fürsten Bismard die bekannte Ernung verweigerte. Demals trat auch der konservative Präsident zurück. Umgekehrt haben wir jedoch im sächsischen Landtage erlebt, daß nach einem Wahlkampfe, der mit Schärfe gegen die Konserwativen geführt worden war, und nachdem die Nationalliberalen einen erfolgreichen Einfluß auf das Bisher von den Konserwativen besetzte Amt des Präsidenten gemacht hatten, die Konserwativen doch nicht in den Schmalhüftel zurücktraten, sondern den Posten des ersten Vizepräsidenten ruhig annahmen. Man darf glauben, daß die sächsischen Konserwativen dadurch ihrer Sache zu thun hoffen und nun darauf lauern, wie sie durch Annäherung einwiger Feinde ihrer Gegner die Geschäfte wieder in die Hand bekommen können. Man sagt doch sonst, daß man von den Gegnern lernen soll. . . Auch wenn man nicht zu einer absoluten Verneinung der Propg kommen kann, ob man im Präsidium, wenn die Gelegenheit dazu gegeben wird, mitarbeiten wolle oder nicht, so ergibt sich mit größter Klarheit, daß ein anderer Wunsch einiger linksliberalen Politiker doch nicht erfüllt werden kann. Was diese wünschen, ist nichts anderes als das Abföhnen zu reiner Negation und die Verbrüderung mit der Sozialdemokratie. Wenn diese Auffassung die Mehrheit innerhalb der freisinnigen Fraktionen gemeinsam für sich fände, wärs wir einzuweisen für ausgeschlossen halten, so wäre der Bruch mit den Nationalliberalen doch nicht zu vermeiden. Darüber sollte man sich lieber heute als morgen klar werden. Nach der ganzen Stimmart der nationalliberalen Wählerchaft wäre eine rein negative Haltung der nationalliberalen Fraktion unmöglich. Die nationalliberalen Wähler sind nicht Oppositionsdottrinare und sie sind nicht Berehrer des Zols einer sozialdemokratischen Koalition. Außerdem können sie es in einer Zeit, wo eine starke Bewegung durch die konservativen Wählerkreise geht, schwerlich als die Forderung des Tages ansehen, den unzufriedenen Konserwativen den Nachweis zu führen, daß es einen zu positiver Arbeit am Staat föhigen Realismus nicht gebe. Eines solchen Nachweises würde sich Herr v. Heddebrand nur freuen können.

Außerordentlicher Deutscher Anwaltstäg.

(Telegraphischer Bericht.)

ab. Leipzig, 21. November.

Die Mitglieder des Deutschen Anwaltsvereins traten heute in Leipzig zu einem außerordentlichen Anwaltstäg zusammen, der dadurch notwendig geworden war, daß der bisherige Vorstand auf dem Anfang September ab. in Rostock stattgefundenen ordentlichen Anwaltstäg sein Amt niedergelegt hat. Der Rostocker Anwaltstäg brachte eine Statutenänderung, in der im wesentlichen die Wünsche der jüngeren Anwälte zum Ausdruck gebracht waren: der Wunsch nach Mitarbeit der gesamten deutschen Anwaltchaft an der Aufgabe des Vereins. Man war der Ansicht, hierdurch ein junges kräftiges Leben in den Anwaltsverein hineinzutragen. Man schuf deshalb einen Vertretertag, ein kleines Parlament, der dem Vorstande zur Seite treten sollte. Größeren Einfluß auf die Gesetzgebung und Rechtspflege, aber auch eine nachdrückliche Föhrung insbesondere der wirtschaftlichen Standesinteressen, erwartete man von dieser Neuregelung der Statuten. Bereits bei den Vorbereitungen der Statuten hatten sich Differenzen zwischen dem Vorstande und der Anwaltchaft, aber auch unter den Mitgliedern des Vorstandes selbst eingestellt und die Folge davon war, daß bereits vor dem Rostocker Anwaltstäg der Wunsch ausgesprochen wurde, der bis-

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Konzert der „Lieberhalle“.

Das von dem Männergesangsverein „Lieberhalle“ gestern vormittag im Hofsaal unseres Hofgartens gegebene Konzert botte sich eines überaus zahlreichen Besuches zu erfreuen. Der städtische, gut laudierte Chor, dem nur, wie fast allen Vereinen, ein Zuwachs frischer, klangreicher Stimmen im ersten Tenor zu wünschen wäre, brachte diesmal ausschließlich Volkslieder zu Gehör. Eine äußerst dankenswerthe Idee des Dirigenten, Herrn Musikdirektor Gelleri, deren Nachahmung wir auch anderen Vereinen empfehlen möchten, ist doch die Pflege des Volkliedes als die vornehmste Aufgabe unserer Männerhöre zu betrachten. Das reichhaltige Programm verzeichnete Wander-, Weigen-, Tanz-, Frühlings-, Liebes-, Kinder- und Abschiedslieder in geschickter abwechselungsreicher Folge, und in deren Durchführung teilte sich der Männerchor mit der Solististin, Herr Gelleri hatte mit seiner wackeren Sängerschaft fleißig hiebert. Die Ausführung der einzelnen Gesänge war — soweit ich dem Konzert anwohnen konnte — in Hinsicht auf Auffassung, Tonbildung, Dynamik und Vortrag eine höchst achtbare.

Als Solisten waren die beliebte Sopranistin unseres Hoftheaters, Frau Heling-Schäfer, sowie Herr Konzertmeister Hesse gewonnen. Erstere sang Wiegenlieder von Gelleri, Tanzlieder von Hubach und Gelleri und Kinderlieder von Berger und C. Reinecke. Ein geschmackvoller, die jeweilige Stimmung gut treffender Vortrag, Charmé und Natürlichkeit verhalfen ihren Darbietungen den wünschenden Erfolg. Ganz besonders gelingen unserer Künstlerin die Kinderlieder und hier erzielte sie auch die höchsten Wirkungen, so daß sie Zugaben spenden und ein Lieb- (das reizende „Storch, Storch, kleiner“) wiederholen mußte.

Herr Konzertmeister Hesse spielte die 3-aktige Komödie von Beethoven, das Allegro a. d. 3-ten Suite von Leclair, Adagio von Gelleri und C. Singers „Mozart“ mit schöner, warmer Tonbildung und guter musikalischer Auffassung. Auch seine Darbietungen fanden wohlverdienten Beifall.

Herr Gelleri begleitete beide Solisten in bildlicher und anspruchsvoller Weise.

Das Volkskonzert.

Das unser vorzügliches Hoftheater vor gestern nachmittag im Hofsaal des Hofgartens veranstaltete, brachte der sehr zahlreich erschienenen Zuhörerschaft ganz besondere musikalische Genüsse. Stand doch einmal Wagners „Meistersinger-Vorpiel“ auf dem Programm. Herr Kapellmeister Coates, der sich auch diesmal wieder als fein empfindender, geistvoller Dirigent erwies, brachte das Vorpiel sehr klar und durchsichtig in seinem symphonischen Gewebe und charakteristisch in den Details zum Vortrag. Der zweite Vortrag, Richard Wagners symphonische Dichtung „Romeo und Julia“, wurde ebenfalls in sehr feiner Weise herangearbeitet. In der gewohnten Klarheit in der dynamischen Schattierung gefühlte sich eine prächtige Klangschönheit. Den Schluß des Konzertes, dem nahezu 1000 Personen anwesend lauschten, bildete Schuberts unvollendete Symphonie in G-moll, die mit poetischer Schöpfung u. durchgeleiteter Auffassung wiedergegeben wurde. Besonders der erhabene zweite Satz mit seinen reizenden Holzbläserpartien strahlte ganz die wunderbare Klangschönheit aus, die Schubert in diesen Satz hineingelegt hat. Alle Nummern wurden von der dankbaren Zuhörerschaft mit großem Beifall aufgenommen. Es ist sehr zu begrüßen, daß den Kinderbesuchern durch ein erstklassiges Orchester die Schönheiten hervorragender Tonkämpfe in so musikalischer Weise vermittelt werden und es ist zu wünschen, daß auch das nächste Konzert sich des gleichen Erfolges erfreut.

Mannheimer Künstler. Man schreibt uns: Die Vornag, eine Schülerin des Konzertänglers und Gesangslehrers M. Thummann, sang Sonntag in einem Konzert des Männergesangsvereins Volkslieder mit bemerkenswertem Erfolg. Man rühmt die Beherrschung des Vortrags, die sehr deutliche Aussprache und die Vornehmheit des Vortrags.

Der Verein für jüdische Geschichte und Literatur versendet gegenwärtig an seine Mitglieder das Verzeichnis der Vorträge für diesen Winter. Danach sprechen: Dienstag, den 23. Nov. 1900: Architekt Artur Lehmann-Mannheim über: „Alte und moderne Synagogenbauten“ mit Lichtbildern; Montag, 6. Dez. 1900: Provinzialrobber Dr. Salomon Bomberger-Hannau a. M. über: „Rabbi Meir von Rothenburg“; Montag, 10. Januar 1901: Dr. Leopold Fischberg-Charlottenburg, Dozent der Musikwissenschaft, über: „Die Bibel in der Musik, erster Teil bis zum Tode Moses“ mit Erläuterungen am Klavier und durch Gesang; Montag, 1. Januar 1901: Rechtsanwalt Dr. Ludwig Frank, M. h. R. und D. R.-Mannheim, über: „Ludwig Börne“; Montag, 14. Februar 1901: Rabbiner Dr. Emil Cohn-Riel über: „Jüdische Erziehungsprobleme“. Der Vortrag des Herrn Architekten Lehmann findet also bereits morgen, Dienstag, abends 9 Uhr, im Festsaal der Kunst-Galerie, C. 1, 12, statt. Der Verein heißt Gäste willkommen.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Karlsruhe, 22. Nov. Der Reichliche Vorschlag für 1910/11, den die Regierung dem Landtag nach dessen Zusammentritt vorlegen wird, enthält, soweit einsehbar darüber verlautet, keine erhebliche Sonderheiten. Jedenfalls schließt er, an der gedrückten wirtschaftlichen allgemeinen Lage gemessen, nicht so ungünstig ab, wie man bisher dort glauben mochte, sondern gibt bei weiterer vorsichtiger Behandlung durchaus eine neue Gewähr für eine gesunde Gestaltung der badischen Staatsfinanzen. (Zf. Jg.)

Freiburg (Schweiz), 22. Nov. Heute Nacht starb hier der Kommandant des 1. Armeekorps der schweizerischen Armee, Oberst Lehmann.

Zwei Resolutionen der freisinnigen Partei Badens.

Karlsruhe, 22. Nov. Der gestern in Karlsruhe ver- sammelte, erweiterte geschäftsführende Ausschuss der freisinnigen Partei Badens fasste einstimmig folgende Resolution:

Der heute in Karlsruhe tagende, erweiterte geschäftsführende Ausschuss der freisinnigen Partei Badens weist die von einzelnen national-liberalen Blättern gegen die freisinnige Wählerliste in Heidelberg, Land-Eberbach und Lorsch-Land erhobene Beschuldigung des Verrats an der liberalen Sache, auf's entschiedene zurück. Darin die Stichwahrheiten läßt sich nachweislich nachweisen, daß die freisinnige Wählerliste in Heidelberg-Eberbach getreu der von der obersten Parteileitung ausgesprochenen Politik in der Stichwahl gehandelt hat und in Lorsch-Land sogar zum weitesten größten Teil ungeschädigt der Partei „Stimmhaltung“ für den nat.-lib. Kandidaten eingetreten ist. Der erweiterte geschäftsführende Ausschuss verweist sich daher gegen die von einigen nat.-lib. Blättern in Lorsch-Land behauptete persönliche geistliche Kampfbahn. In dieser

erläßt die freisinnige Partei eine bedauerliche Schädigung des gesamten Liberalismus, die nur dem gemeinsamen Gegner zu gute kommt.

Bezüglich der linksliberalen Einigung wurde folgende Resolution angenommen:

Der heute in Karlsruhe tagende erweiterte geschäftsführende Ausschuss der freisinnigen Partei Badens betrachtet eine Verschmelzung der drei linksliberalen Parteien zu einer einzigen großen entgegengesetzten liberalen Partei als unabwiesbare Notwendigkeit und fordert die maßgebenden Parteiführer auf, die Arbeiten zu dieser Fusion im Interesse einer fortschreitenden und freiheitlichen Ausgestaltung der innerpolitischen Verhältnisse unseres Vaterlandes mit möglichster Beschleunigung zu betreiben.

Der Kaiser in Sigmaringen.

Donauveschingen, 22. Nov. Der Kaiser ist heute vormittag 11.10 Uhr mit dem Sonderzug nach Sigmaringen zum Besuch des Fürsten von Hohenzollern abgereist. Im Gefolge des Kaisers befindet sich außer den bisherigen Herren nun auch der Chef des Militärkabinetts Freiherr von Runder sowie der Fürst und die Fürstin zu Fürstberg, der Erbprinz und Graf Zeppelin begleiteten den Kaiser zu Fuß zur Bahn, wo auch die Spitzen der Behörden zur Verabschiedung sich eingefunden hatten. Das Publikum begrüßte den Kaiser mit Hochrufen. Das Wetter wird schöner.

Sigmaringen, 28. Nov. Der Kaiser ist um 1 Uhr hier eingetroffen und vom Fürsten von Hohenzollern, dem Kronprinzen von Rumänien sowie den Hofstaat empfangen worden. Ein sonstiger Empfang war verboten, weil der Kaiser im strengsten Inognito reist. Am Bahnhof sowie auf dem Wege zum Residenzschloß hatte sich eine große Menschenmenge aus Hohenzollern, Baden und Württemberg eingefunden, die dem Kaiser jubelte. Die hohen Herrschaften trafen in offenem Wagen durch das Spalier der Schüler sämtlicher Schulen zum Schloß, wo die Prinzessin von Hohenzollern den Kaiser begrüßte. Die Stadt ist reich geflaggt.

Schnee.

Duderstadt, 22. Nov. (Telegr.) Große Schneemassen sind gestern am Harz, in Südbannover, Hessen und Thüringen niedergegangen und haben den Verkehr vielfach lahmgelegt. Auf den größeren Flüssen sind auf Veranlassung des Vereins deutscher Wasserkraftbesitzer Vorkehrungen gegen das zu erwartende Hochwasser durch Einrichtung eines ununterbrochenen Hochwassereldebensches getroffen worden.

Der Vulkanbruch auf Teneriffa.

Madrid, 22. Nov. Die Nachrichten von Teneriffa treffen dürftig und verspätet hier ein. Der deutsche Forscher Wenger, der in der Unglücksgegend weilt, begibt sich auf den Pico de Teide zur Beobachtung. Der Vulkan spiet nunmehr aus 5 Kratern. Der Hauptklastrom legte bisher einen Weg von 6 Km. zurück. An verschiedenen Stellen beträgt seine Breite 400 Meter. Er hat sich jetzt in 4 Arme geteilt. Im Hafen von Teneriffa lagte, wie die „Zf. Jg.“ meldet, der erste Schiffspart von Flüchtlingen aus den bedrohten Ortschaften an. Die Leute berichten von Szenen furchtbarer Panik. Unter der von der Katastrophe betroffenen Bevölkerung herrscht großes Elend.

Kämpfe in Persien.

London, 22. Nov. Nach einer Blättermeldung aus Teheran wurden die auf dem Marsch nach Ardebil befindlichen Regierungstruppen in Fajin von der dortigen konstitutionellen Bevölkerung, die sich in den Bergen verschont hatte, aufgehalten. Nach 11stündigen, heftigen Kämpfen, bei dem fünf Mann getötet und 4 verwundet wurden, gewonnen die Regierungstruppen die Oberhand und nahmen vierhundert Gegner gefangen.

Ein Erdbeben in Messina.

Messina, 22. Nov. Heute früh 1 Uhr 30 Minuten wurde ein wellenartiger Erdstoß verspürt. Die Einwohner verließen die Häuser.

Der Vulkanbruch auf Teneriffa.

Teneriffa, 22. Nov. Die Bevölkerung hat sich beruhigt und beginnt damit, sich in ihre Wohnungen zurückzuziehen. Die Explosionen und Erdschütterungen haben sich nicht wiederholt. Aus den fünf neuerstandenen Kratern rinnen noch fortwährend Lavaströme herab.

Die Grabkatastrophe in Cherry.

Cherry (Illinois), 22. Nov. Am Sonntag wurden aus dem Schacht 37 Tote geborgen. Cherry, 22. Nov. Einstürze im Bergwerk und schlagende Wetter unterbrachen das Rettungswerk. Weitere Hilferufe wurden vernommen. Insgesamt wurden 11 „Zf. Jg.“ nur 20 Bergleute lebend aus Tageslicht gebracht. 92 wurden als Leichen gefunden.

Die Vereinigten Staaten und Nicaragua.

Washington, 22. Nov. Wie amtlich bekannt gegeben wird, wird die Regierung unverzüglich von Nicaragua Genugtuung wegen der Hinrichtung der beiden Amerikaner Groce und Cannon verlangen, falls sich gewisse, über die Hinrichtung verbreitete Darstellungen bewahrheiten sollten.

Dies academicus.

N. Heidelberg, 22. Nov.

Im Auditorium maximum des neuen Kollegienhauses fand heute vormittag 11 Uhr die Univeritätsfeier zum Gedächtnis an den Neugründer der Ruperto-Carola, Karl Friedrich, statt. Das Parterre war vollbesetzt von einem vornehmen, meist akademischen Publikum. Die Längsseiten des Saales nahmen die Ehrgärtner im Vollzuge ein, die Tribünen waren überfüllt von Studenten und Studentinnen.

Völliglich 11 Uhr beschränkt das Universitätskollegium unter Familienklängen den Saal. Vorn die beiden Oberpedelle mit rotgoldenen Schürpen, die goldenen Stäbe tragend, dann der Prorektor, Geheimrat Windelband mit der breiten goldenen Prorektorstrette auf dem mit blauem Tuch verbrämten schwarzen Salar, darauf in langem Zuge die Professoren im Amtsdonat. Viele Vertreter der staatlichen, städtischen und militärischen Behörden waren erschienen, und Herr Oberbürgermeister Dr. Wilkens, Herr Bürgermeister Prof. Dr. Walz, Herr Geh. Regierungsrat Becker, Herr Amtsdirektor Regierungsrat J. J. J., Herr Bezirkskommandeur Major Ehrh. Auch Herr Dr. Karl Lang, Mannheim wohnte der Feier bei.

Die Dozenten nahmen auf dem dreien Vodium Platz, in dessen Mitte aus einer schönen Gruppe von Blattschnecken und Chrysanthemem die lorberegeschmückte Büste Karl Friedrichs hervortrat.

Die Feier wurde eingeleitet durch das vom städtischen Orchester unter Leitung des Herrn Generalmusikdirektors Prof. Wolfram vorgetragene „Vorpiel zu den Meistersingern von Nürnberg“. Dann ergriff der Prorektor, Geheimrat Windelband das Wort zu seiner Festrede: „Neben den Willen zur Wahrheit.“

Aus der Fülle von Fragen, für welche die Philosophie zu unserer Zeit auch in weiteren Kreisen auf Interesse rechnen darf, soll ein zentrales Problem die Neugestaltung des Wahrheitsbegriffes herausgehoben und zwar von der spezifisch modernen Seite unter dem Gesichtspunkte des Willens zur Wahrheit betrachtet werden. Diese Auffassungsweise hängt mit dem voluntaristischen Charakter zusammen, den die neueste Philosophie, dem ganzen Wesen der heutigen Kultur gemäß, nicht nur in Deutschland, sondern überall angenommen hat und auch in den metaphysischen Lehren zum Ausdruck bringt. Damit ist besonders auch in diesem Falle das Problem auf das Gebiet der Psychologie gespielt, die ja so lange als Entzug für die Philosophie gegolten hat. Hier gilt es deshalb festzustellen, wie weit man mit dieser Problemstellung in das Wesen der Wahrheit selbst eindringen kann.

Psychologisch betrachtet, besteht der Wille zur Wahrheit in den ganzen Zweckzusammenhängen unseres Willenslebens überhaupt. Der ursprüngliche Lebensmotto der Wahrheit ist sicher nur der, eine Eigenschaft der Vorstellungen zu sein, vermöge deren sie sich als zweckmäßig für unser Handeln erweisen, und erst durch das Gezielte der Uebertragung wird das generell bewährte Mittel zu einem Zweck und Wert an sich. Die Ergebnisse solcher Uebertragungsprozesse können von sehr verschiedener Bedeutung, rationalen oder irrationalen Charakters sein. Dem psychologischen Formalismus nach entsteht das Pflichtbewußtsein durch dieselben Umformungen, wie etwa die Leidenschaft des Gelbes Gerade daraus folgt, daß die psychogenetische Betrachtung über die Bedeutung und den Eigenwert, das Recht oder Unrecht dieser Ergebnisse der Willensbewegung gar nichts auszusagen vermag. Deshalb scheitern alle Versuche, die Moral psychologisch aus der Befriedigung von Selbsterhaltungs- und Glückseligkeitsdrängen abzuleiten. Andererseits aber tut es auch der Wahrheit so wenig wie anderen Kulturwerten Eintrag, wenn wir uns deutlich machen müssen, daß die Anfänge ihrer Wertung in den Niederungen unseres natürlichen Triebsystems liegen. Es bleibt darum doch erst recht eine Tatsache, daß auch das Wahre wie das Gute schließlich um seiner selbst willen gewollt wird.

Solange deshalb die Ethik unserer Sprache ihren Sinn erhalten, hat der moderne Pragmatismus kein Recht, die Wahrheit, weil sie um ihrer Brauchbarkeit willen vielleicht ursprünglich gemollt wird, mit der Brauchbarkeit selbst gleichzusetzen. Die Behauptung ist als Definition zu eng und zugleich zu weit. Es gibt genug brauchbare Unwahrheiten und brauchbare Wahrheiten. Die Verwechslung, die der pragmatischen Definition zu Grunde liegt, erklärt sich zum Teil aus der Vorherrschhaft biologischer und soziologischer Theorien, wonach die Erkenntnisstufen einerseits als die höchste Form der Umwelt betrachtet werden. So hat sich aus Herbert Spencers Philosophie der sogenannte Humanismus in der englischen Erkenntnistheorie entwickelt, der sich lieber Dominanz hätte nennen sollen.

Weiterhin aber finden wir ein Hauptmotiv dieser pragmatischen Theorien in der Schwierigkeit, einen allgemeingültigen Begriff der Wahrheit und ihres Kriteriums aus rein theoretischen Merkmalen zu bestimmen. Da schien sich der Erfolg für das Handeln als ein vorsehendes Surrogat zu empfehlen. Ganz ähnlich sind die Motive gewesen, aus denen bei der Schwierigkeit, den Begriff des Guten inhaltlich zu bestimmen, der Ausweg gewählt wurde, das Kriterium des Guten in der Menge der Lust zu suchen, die sich aus dem Handeln ergibt. Wie der Utilismus die Ethik des Erfolges, so ist der Pragmatismus die Logik des Erfolges. Aber diese Lehre nach der es nur auf die Brauchbarkeit der Vorstellungen ankommt und das, was wir bisher ihre Wahrheit oder Falschheit genannt haben, dafür gleichgültig wird, besichert uns eine Logik jenseits von Wahr und Falsch gerade so, wie man uns eine Moral jenseits von Gut und Böse oder eine Metaphysik jenseits von Schön und Häßlich gepredigt hat.

Die feineren Formen des logischen Voluntarismus liegen in den besonderen Theorien der formalen Logik u. der Methodologie. Das Urteil als Erkenntnisprozess wird in den neueren Theorien wieder als ein Willensakt der Bestimmung und Berechnung aufgefaßt und wenn man psychologisch nach den Motiven solcher Willensakte forscht, so liegt es nahe, die Vorgänge der Gefühlseinwirkungen, die man beim Reinen und beim Glauben festzustellen hat, auch auf die Gründe des Wissens zu übertragen und auch darin die „praktischen“ Bedürfnisse aller Art für maßgebend zu erachten. Der anglo-amerikanische Pragmatismus sieht es nicht anern, daß er technischem Wissen und religiöses Glauben aus demselben Prinzip betrachtet zu können meint. Demgegenüber ist es gerade die Aufgabe der Logik, im Wesen des Urteils die Grenze zwischen dem Willen zur Wahrheit und der Wahrheit selbst mit aller begrifflichen Genauigkeit zu bestimmen. Als Funktion des Erkennens mit allen Eigenschaften der sogenannten Logik ist das Urteil die Bestimmung des Willens; als Inhalt dagegen, als Satz, der bejaht oder verneint wird, ist es die Wahrheit selbst und von den Funktionen des Aneignens und Verwerfens in seiner Geltung völlig unabhängig. Hier gilt nur noch das transcendental Prinzip der Sachlichkeit.

In der Methodologie und Erkenntnistheorie hat gerade die kritische Lehre von der Wahrheitsfrage eine Seite, die unanfechtbar dem Voluntarismus ausgedient werden kann. Daß die Gegenstände unserer Erkenntnis selbst schon das Ergebnis auswählenden und neu zusammenfüghenden Denkens sind, zeigt eine Aktivität des Intellekts, die etwas Willenshaftes an sich hat, und unser wachsendes Verständnis für die Eigenart des methodischen Verfahrens der verschiedenen Wissenschaften erweist deren durchgängige Abhängigkeit von den Zwecken des Erkennens. Aber auch hier hat der Utilismus doch keine andere Bedeutung, als zu bestimmen, welche Wahrheit gesucht werden soll, diese selber findet er nur in den Sachen selbst. Auch die Begriffsbildungen, die als Instrumente des Erkennens so von den Wissenschaften erzwungen werden, haben ihren empirischen Ursprung in diesen Erkenntnisbedürfnissen, aber ihren Sinn und Wahrheitswert doch eben wieder nur in ihrer sachlichen Geltung.

Zielsetzende Autonomie der Geisteswissenschaften muß nun auch in der Erkenntnistheorie sich geltend machen. Die Wahrheit als das Verhältnis zwischen Gemütsgegenstand und Sein kann unter verschiedenen Kategorien gedacht werden. Die naive Annahme der Gleichheit, die Definition der Wahrheit als Uebereinstimmung von Vorstellung und Gegenstand hält vor der kritischen Untersuchung nicht überall stand. Aber es zeigt sich, daß jenes kategoriale Verhältnis für die verschiedenen Wissenschaften nicht überall dasselbe ist, daß

die Geltung der Wahrheit je nach den Gegenständen verschiedene Fassung besitzt. Diese sachlich bedingte Differenzierung des Wahrheitsbegriffes ist die Aufgabe einer Erkenntnistheorie, welche der Selbstständigkeit der einzelnen Wissenschaften gerecht werden will.

An die einjährige Festrede schloß sich die Erstattung der Universitätschronik des abgelaufenen Jahres durch den Prorektor. Er gedachte zunächst des Besuchs, welchen der Großherzog und der König von Sachsen am 28. März der Universitätsbibliothek abstatteten, sowie des Besuchs der großherzoglichen Herrschaften an den ersten Julitagen. Sodann feierte der Prorektor in warmen Worten das Gedächtnis der Toten, welche die Universität in diesem Jahre betrauert, des Herrn Geh. Hofrat Osthoff († 7. Mai), der drei großen Theologieprofessoren Wolf Hausrath, Adalbert Mery und Heinrich Wasser mann und des Herrn Professors der medizinischen Fakultät Hermann Lossen. Auch den Verlußt von vier hoffnungsvollen Studenten hat die Universität im abgelaufenen Jahre zu beklagen.

Der Besuch der Universität zeigt im Sommersemester 1909 und Wintersemester 1909/10 die höchste je erreichte Frequenz. Im Sommersemester betrug die Zahl der immatrikulierten Studenten 2171, darunter 138 Frauen (gegen 2036 Immatrikulierte im Sommersemester 1908). Auf die einzelnen Fakultäten verteilten sie sich, wie folgt: 83 Theologen, 535 Juristen, 553 Mediziner, 612 Philosophen, 388 Naturforscher; dazu kommen 111 Hörer und 50 Hörerinnen, insgesamt 2332 Hörer. Die Gesamtzahl der Immatrikulierten im laufenden Wintersemester beträgt einschließlich der 142 immatrikulierten Frauen 1934 (gegen 1841 im Vorjahr), nämlich 62 Theologen, 405 Juristen, 513 Mediziner, 584 Philosophen, 370 Naturforscher; dazu kommen 98 Hospitanten und 50 Hörerinnen, sodaß sich die Gesamtfrequenz auf 2082 Hörer beläuft.

Die Veränderungen des Lehrkörpers im abgelaufenen Jahre waren sehr erhebliche. In den Ruhestand treten: Geh. Hofrat Krauß und Geh. Hofrat Valentiner; an andere Universitäten gingen die Herren Prof. Wengel, Prof. Eisenhans, Prof. Christmann, Prof. Vogler, Prof. v. Dippel, Prof. Streubel und Privatdozent Dr. Morawig. Nach Heidelberg berufen wurden Prof. Gradewitz aus Straßburg für römisches und deutsches bürgerliches Recht, Professor Bartholomae aus Straßburg für vergleichende Sprachwissenschaft und Sanstrit und Prof. Hermann Kossel aus Gießen als Leiter des hygienischen Instituts (1. April 1910).

Der Prorektor macht sodann die wichtige Mitteilung, daß am Samstag Geh. Kirchenrat Troelisch mit allen gegen eine Stimme zum Vertreter der Universität in der Ersten Kammer gewählt worden ist.

Noch Berichtstattung über die Jubiläumsgaben, über die Erweiterungs- und Neubauten von Universitätsinstituten etc., gedachte der Prorektor der bedeutenden Schenkungen, welche der Universität im abgelaufenen Jahre gemacht wurden. In erwähnen sind besonders: Schenkung von 13 870 M. für das Krebsinstitut, Vermächtnis von 25 000 M. von Herrn Geh. Kirchenrat Besserwanz, als Stipendienfonds, Stiftung von 10 000 M. von Herrn Kommerzienrat Dr. Blajer für das Universitätslaboratorium, speziell für Arbeiten bei hohen Temperaturen, wofür auch Wehrmrat Curtius 6000 M. zur Verfügung stellte; Stiftung von 122 000 M. für ein radiologisches Institut durch Dr. Fleischel-Wiesbaden.

Zum Schluß gedachte der Prorektor des bedeutendsten Ereignisses des abgelaufenen Universitätsjahres, der Begründung der Heibelberger Akademie der Wissenschaften durch die hochherzige Spende von 1 Million Mark durch die Familie Lang-Mannheim.

Von den 7 im vorigen Jahre von der Universität gestellten Preisaufgaben hat nur eine einzige, die naturwissenschaftlich-mathematische, eine Bearbeitung gefunden. Sie lautet:

„Die Einwirkung von Hydrogen und von salpetriger Säure auf sekundäre und tertiäre mehrbasische Amidosäuren ist zu untersuchen. Als Beispiele sollen die sog. Polyytolamidosauren in erster Linie herangezogen werden.“

Dem Bearbeiter, Herrn Otto Hoffmann, wurde der Preis zuerkannt. Der Prorektor beschloß seinen Bericht unter warmem Dank an den Rektor magnificentiissimus mit den Worten: Gott segne seine Königl. Hoheit den Großherzog und das großherzogliche Haus.

Den Schluß der Feier bildete Franz List's „Gaudemus igitur“, Hymneste für Orchester.

Volkswirtschaft.

Actiengesellschaft für Seilindustrie vorm. Ferd. Wolff in Mannheim-Neckarau.

Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der auf den 11. Dezember einzuberufenden Generalversammlung nach den haintarischen Abschreibungen und außerordentlichen Rückstellungen in Höhe von 120 000 M. eine Dividende von 7 Prozent in Vorschlag zu bringen.

Rheinische Schufter-Gesellschaft für elektrische Industrie A.-G., Mannheim.

Der Aufsichtsrat beschloß in seiner heutigen Sitzung, der Generalversammlung die Verteilung: einer Dividende von wiederum 7 pCt. (wie im Vorjahre) auf das von 3 auf 4 Millionen Mark erhöhte Aktienkapital vorzuschlagen.

Lurische Industrie-Werke A.-G., Ludwigshafen.

Die Dividende der Lurischen Industrie-Werke A.-G. Ludwigshafen a. Rh. wird unter dem üblichen Vorbehalt auf wieder 9 Prozent, wie seit einer Reihe von Jahren gebräuchlich.

Bayerische Bierbrauereigesellschaft vorm. S. Schwarz-Speyer.

Den schon im Mittagsblatt veröffentlichten Abschlußziffern tragen wir noch nach dem Geschäftsbericht folgenden nach: In der Bilanz stehen bei 1.1 Millionen Aktienkapital M. 550 500 (570 000) Obligationen, M. 148 400 (158 480) Hypotheken auf Wirtschaften, M. 170 000 (170 000) Reserven und M. 83 508 (85 861) Bestreber, das Brauerei-Etablissement mit M. 582 592 (578 965) und Wirtschaften und Niederlagen mit M. 374 517 (398 028) zu Buch. Maschinen und Brauerei-Inventar figurieren mit M. 114 820 (120 408), Hölzer mit M. 45 382 (58 506), Futtermittel mit M. 29 798 (88 032), elektrische Anlage mit M. 5208 (6467), Wirtschaftsgüter mit M. 29 917 (25 045), Kassa mit M. 2150 (9038). Vorräte sind mit M. 221 406 (177 814) bewertet. Gegebene Darlehen sind mit M. 577 394 (595 400) ver-

zeichnet. Den Debitoren von M. 274 141 (277 767), worunter M. 224 594 (227 141) Kunden und M. 49 547 (50 627) Restloshaltungen und Guthaben bei Banken, stehen M. 54 401 (55 891) Kreditoren, worunter M. 30 407 (25 856) gesunde Kaufleute, gegenüber. Die Kauttionen und Einlagen belaufen sich auf Mark 114 026 (118 435).

In dem Bericht des Vorstandes wird ausgeführt, daß trotz der schlechten Bitterung während des Sommers und dem Niedgang in den Erwerbsverhältnissen der vorjährige Bierabgab fast erreicht wurde. Für Beschaffung von Bier waren bedeutende Mehrausgaben notwendig, da früher noch nicht gekannte Preise angelegt werden mußten. Hopfen war dagegen etwas billiger. Die Preise für Gerste sind im laufenden Jahre wieder sehr hohe, wogegen die diesjährige Ernte eine bedeutend vermehrte Qualität liefert. Infolge der geringeren Ausbeute wird deshalb voraussichtlich abermals mit höheren Ausgaben zu rechnen ein, wenn auch Hopfen im Preise etwas niedriger ist.

Zur Geschäftslage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. (Vom rheinisch-westfälischen Eisenmarkt. — Aus der Ruhrkohlen-Industrie.)

An der günstigen Verfassung des rheinisch-westfälischen Eisenmarktes hat sich nichts verändert. Der Beschäftigungsgrad der großen gemischten Werke ist andauernd recht umfangreich und verteilt sich auf fast alle Zweige der ausgeübten Betriebe. Namentlich sind die Werke in Stabeisen, Blechen und Walzdrahterzeugnissen sehr stark beschäftigt und mit Aufträgen für das erste Viertel des neuen Jahres reichlich versehen. In Eisenbahnmateriale, Schienen und Schwellen liegt die Beschäftigung seither bekanntlich zu wünschen übrig in Folge der Zurückhaltung der Preussischen Staatsbahn-Verwaltung mit ihren Zuteilungen. Nachdem diese jedoch in den letzten Tagen mit dem Stahlwerkverbande zur Lieferung ihres Bedarfs für die nächsten zwei Jahre einen neuen Abschluß getätigt, werden größere Zuteilungen nunmehr wohl nicht lange auf sich warten lassen. Der neue Schienenpreis stellt sich um M. 14 die Tonne niedriger als der des letzten Abschlusses mit der Staatsbahnverwaltung, was im Einklang steht mit dem derzeitigen Marktpreise. — Auf dem Roheisenmarkt zeigt das Geschäft wenig Veränderung. Die Haltung des Marktes ist andauernd eine durchaus feste, was sich hauptsächlich herleitet aus der starken Zunahme des Roheisenverbrauches der großen gemischten Werke. Diese treten deshalb nicht mehr in solchem Maße in Wettbewerb mit den reinen Roheisenhütten des Siegerlandes, daß sie etwas aufgebesserten Preise sich nicht behaupten könnten. Von der weiteren Gestaltung des Geschäftes auf dem Weltmarkte, insbesondere von der Aufnahmefähigkeit Amerikas, wird es abhängig sein, ob man für Abschlässe zur Lieferung im zweiten Quartal des neuen Jahres die noch immer wenig befriedigenden Preise weiter aufbessern kann. Zunächst sind die Siegerländer Hochofenwerke bemüht, möglichst umfangreiche Aufträge hereinzuholen, damit sie allmählich durch bessere Ausnutzung ihrer Hochofenanlagen wieder zu einem einigermaßen lohnenden Arbeiten gelangen. Die Lage der reinen Werke hat sich auch für manche Betriebe gebessert, namentlich für solche, die durch Herstellung von Spezialitäten sich eine bevorzugte Stellung geschaffen und dadurch den Wettbewerb der großen gemischten Werke weniger zu spüren haben. — Die Maschinenfabriken sind ebenfalls besser beschäftigt, auch konnte man auf höhere Preise halten. Mit Arbeit zu versehen sind des weiteren die Lokomotivfabriken, während die Waggonfabriken noch über unzureichende Beschäftigung zu klagen haben. Hoffentlich erhalten auch diese bald umfangreiche Bestellungen der Preussischen Staatsbahn-Verwaltung, die mit der Aufgabe ihres Bedarfs in diesem Jahre sehr zurückhaltend war. — Alles in allem wird unsere rheinisch-westfälische Eisenindustrie wohl auf über diesen Winter hinwegkommen. Aus der Ruhrkohlenindustrie ist die Fortdauer des besseren Geschäftsganges festzustellen. Namentlich hat sich die Nachfrage nach Industriekohlen und Koks weiter gehoben. In Hausbrand ist der Bedarf der Jahreszeit entsprechend lebhaft. — Der Kohlenversand war in dieser Berichtswöchle recht flott nach allen Richtungen.

Am heutigen Geldmarkt waren die Sätze unverändert. Privatdiskonten 4 1/2 Prozent, tägliches Geld circa 4 Prozent.

n. Mannheimer Produktenbörse. Das Geschäft am heutigen Getreidemarkt nahm einen sehr schleppenden Verlauf. Einerseits verstimmen die schwächeren Berichte von den Exportländern, andererseits die großen lehrreichen Weltverrichtungen. Der Konsum verharrt in seiner Zurückhaltung und es wurden wiederum nur die notwendigen Anschaffungen gemacht. Die Notierungen im hiesigen offiziellen Kursblatt wurden für Brangerste etwas ermäßigt, die sonstigen Notizen haben eine Veränderung nicht erfahren.

Vom Ausland werden angeboten die Tonne, gegen Kassa, ein Rotterdam: Weizen Lapland-Weizen-Blanca oder Parletto-Russo per Januar-Februar M. 160—170, do. ung. Ausfaat 79 Kg. per Januar-Februar M. 169—170, do. Rosario Santa Fe 78 Kg. per Januar-Februar M. 170—171. Weizen 2 per September M. —. Dattmehl 2 per September M. —. Rumänier 2 per September M. 180—181, Rumänier nach Winter 78-79 Kg. idem M. 178—179, Rumänier 78-79 Kg. 3 Prozent blaue per September M. 178.50—179.50, Unkawaizen 9 Pud 24-25 per prompt M. 167—168, 10 Pud Schwimend von M. 169—170.

Roggen russischer 9 Pud 10-15 September M. 129.50 bis M. 130.50, do. 9 Pud 15-20 September M. 130—131, norddeutscher Roggen 77-78 Kg. prompt Abladung M. 130—132.

Neue Bankunion. Die Actiengesellschaft „Dresdener Bankverein“ ist laut Bericht der Generalversammlung gegründet worden. Ihr Vermögen ist als Ganzes die Actiengesellschaft Magdeburger Privatbank in Magdeburg, deren Firma jetzt „Mitteldeutsche Privatbank, Actiengesellschaft“ lautet, gegen Gewährung von Aktien dieser Gesellschaft übertragen worden.

Telegraphische Handelsberichte.

Zahlungseinstellungen.

Wärzburg, 22. Nov. Hebet die Firma Friedrich Peter, G. m. b. H. in Würzburg wurde laut „Akt. Bl.“ das Konkursverfahren eröffnet.

Von der Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 22. Nov. Für 1 Million Aktien und 1 Million 43proz. Obligationen der Mannheimer Exportmalzfabrik A.-G. in München wurde die Zulassung zur Frankfurter Börse von der Firma Julius Bial beantragt.

Neues vom Dividenbenarkt.

Berlin, 22. Nov. Die Verwaltung der Maschinenbau-Actiengesellschaft Balde in Bochum mittelt, hat das laufende Geschäftsjahr bis jetzt ein durchaus befriedigendes Ergebnis gehabt. Wenn nicht außerordentliche Ereignisse eintreten, wird die Gesellschaft die gleiche Dividende wie im Vorjahr (14 Prozent), vielleicht auch eine etwas höhere, zur Verteilung bringen können.

Salsberg, 22. Nov. Die Verwaltung der Rheinisch-Kasseler Bergwerks- und Hütten-Actiengesellschaft in Stolberg läßt die Dividende für das laufende Geschäftsjahr unter Vorbehalt auf 15 Prozent (i. V. 8 Prozent).

Wiesbaden, 22. Nov. Die Verwaltung der Niederrheinischen Actiengesellschaft für Lederfabrikation (vorm. J. Pieder) im Wiedrach rechnet nach den bisher erzielten Ergebnissen für das laufende Geschäftsjahr auf mindestens dieselbe, höchstwahrscheinlich aber auf eine etwas erhöhte Dividende (i. V. 10 Prozent).

Wiesbaden, 22. Nov. Die Hauptversammlung der Schlesischen Leinen-Industrie vorm. Kramka läßt die Dividende auf 7 Prozent fest. Der Vorstand berichtet, die allgemeine Lage der Leinen-Industrie habe sich gebessert, die Weberei arbeite befriedigend, auch in der Spinnerei sei eine kleine Besserung eingetreten. Für 1910 werde etwa ein gleiches Resultat wie im Vorjahr erwartet.

Papierfabrik Reicholds, Actiengesellschaft in Kassel i. H. Berlin, 22. Nov. Der Abschluß für 1908—09 erabg einschließlich 2004 A. Vortrag nach 210 051 A. (195 291 A.) Abschreibungen, einen Reingewinn von 450 554 A. (184 984 A.), aus dem 10 Prozent (i. V. 8 Proz.) Dividende auf 1 000 000 A. dividendenberechtigtes Aktienkapital verteilt werden. — In der am 20. November abgehaltenen Hauptversammlung, in der 2 581 000 A. Aktienkapital vertreten war, wurde der Abschluß einstimmig genehmigt. Bezüglich der Ausschüttung wurde berichtet, für das neue Geschäftsjahr dürfe wiederum ein günstiges Ergebnis erwartet werden, da die bisherigen Fabrikanlagen in regelmäßigen Betrieb zu bringen und außerdem die seit 1. Juli neue hinzugekauften Papierfabrik Wittenburg auf Grund ders vorgenommenen bedeutender Erweiterungen, insbesondere der Bereinigung eigener Rohstoffe, ein gutes Ergebnis versprechen.

Bereinigung rheinisch-westfälischer Eisenwerke. m. Köln, 22. Nov. (Telegr.) In der in Köln abgehaltenen Sitzung der Vereinigung rheinisch-westfälischer Eisenwerke wurde laut „Akt. Bl.“ beschlossen, eine Wenderung der Preise, welche heute auf 125.50 bis 132.50 Pradlarumlänge Köln oder Dortmund steht, und die Freigabe des Verkaufs für das zweite Vierteljahr 1910 nicht vorzunehmen. Die Beschäftigung sämtlicher Werke ist befriedigend, die Stimmung fest.

Erhöhung der Verkaufspreise im Schuhandel. m. Köln, 22. Nov. (Telegr.) Wie die „Akt. Bl.“ aus Frankfurt berichtet, wird auch der Schuhwaren-Verkauf bald eine Erhöhung der Verkaufspreise vornehmen. Er ist hierzu angewogen durch die bekannte Preissteigerung auf dem Leder- und Häutenmarkt und die damit verbundene Verbilligung der Schuhwaren, welche in einem beträchtlichen Ausmaße der Schuhwarenpreise im Großhandel zum Ausdruck kommt.

Mursblatt der Mannheimer Produktenbörse.

vom 22. November. Die Notierungen sind in Reichsmark, gegen Vorschlag per 100 Kg. haufrei hier.

Table with columns for various commodities like Weizen, Roggen, Hafer, etc., and their prices. Includes sub-sections for 'Weizenmehl' and 'Krausenmehl'.

Erhebung: Weizen und Roggen unsortiert, Gerste, Futtergerste unsortiert. Bran-erle etwas niedriger. Hafer gut behauptet. Mais unverändert.

Mannheimer Effektenbörse.

von 2. November. (Offizieller Bericht.) Die Börse war ziemlich fest. Höher stellte sich Ludwigshafener Aktienbrauerei-Aktien, Köln 222 G., Mannheimer Aktienbrauerei-Aktien 125 G., Schroedl, Heidelberg 175 G. und Sächsische Draht-Industrie-Aktien 122 bis u. G. Sonstiges ohne besondere Veränderungen.

Table of stock market prices for various companies and sectors like 'Kaufm.', 'Industrie', 'Brauereien', etc.

Frankfurter Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

Frankfurt a. M., 22. Nov. Fondsbörse. Der Umsatz...

Telegramme der Continental-Telegraphen-Compagnie.

Reichsbank-Diskont 5 Prozent.

Schlußkurse.

Beispiel.

Table with columns for location (London, Paris, etc.) and price.

Staatspapiere, A. Deutsche.

Table listing various German government securities with prices.

Alien industrieller Unternehmungen.

Table listing foreign industrial companies and their stock prices.

Bergwerkaktien.

Table listing mining stocks and their prices.

Alien deutscher und ausländischer Transportanstalten.

Table listing foreign and foreign-owned transport companies.

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Table listing bank and insurance stocks.

Wiandbriefe, Prioritäts-Obligationen.

Table listing various bonds and interest rates.

Frankfurt a. M., 22. Nov. Kreditaktien 208.50...

Frankfurt a. M., 22. Nov. Kreditaktien 208.50...

Berliner Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

Berlin, 22. Nov. Fondsbörse. Bei Beginn der neuen Woche...

Table listing Berlin market data and prices.

Berlin, 22. Nov. (Schlußkurse)

Table listing Berlin closing prices for various securities.

W. Berlin, 22. Nov. (Telegr.) Nachbörse.

Table listing Berlin afternoon market prices.

Pariser Börse.

Table listing Paris market prices.

Londoner Effektenbörse.

Table listing London market prices.

Wiener Börse.

Wien, 22. Nov. Vorm. 10 Uhr.

Table listing Vienna market prices.

Wien, 22. Nov. Nachm. 1.00 Uhr.

Table listing Vienna afternoon market prices.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 22. Nov. (Telegramm.) (Produktenbörse.)

Table listing Berlin commodity prices.

Budapester Produktenbörse.

Table listing Budapest commodity prices.

Liverpooler Börse.

Table listing Liverpool market prices.

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Telegramm-Adresse: Margold. Fernsprecher: Nr. 56 und 1537.

Table listing Marx & Goldschmidt products and prices.

Verantwortlich:

für Inhalt: Dr. Fritz Goldbaum; für Druck: Georg Christmann...

G. PINI

Photogr. Manufaktur
C 1, 1 Tel. 3577

Beste Bezugsquelle
Photogr. Apparate
von den einfachsten bis zu den teuersten Modellen sowie aller in der Branche vorkommenden Artikel
Sehr willk. Geschenke
für den
Weihnachts-Tisch!

8454

Badische Papierindustrie Kahn & Co.

Telephon 7174 Rheinhausstr. 48, H.
seitheriger Sitz in Kaiserslautern.

Buchdruckerei: Druckarbeiten aller Art für geschäftliche und private Zwecke.
Papierwarenfabrik: Tüten und Beutel für alle Branchen, Etiketten, Tortenpapiere, Pappsteller, etc. etc. Reichhaltiges Lager in Papp-, Pack- und Einschlagpapieren, in Bogen und Rollen.
Cartonnagenfabrik: Spezialität: Damenhutschachteln und Lagerkästen, Wäschecartons, Versand- und Faltschachteln. 2625

Gesellschaft für Schwachstromtechnik N 5, II. Telephon 4369.

Lichtwerk-, Sicherheits- und Kontroll-Anlagen.
Kombinierte Post- und Haustelephon-Anlagen.
Elektrische Uhren-Anlagen.
Vorteilhafteste Preise. Langjährige Garantie.
Pflege-Abonnement bestehender Anlagen.
Rascheste Reparatur-Erledigung billigst.
Eigene feinmechanische Werkstätte.
Grosses Lager in allen Schwachstrom-Artikeln und Installations-Materialien.
Grösste Fach-Firma am Platze. 83889

In wenigen Tagen prompter Erfolg bei Harnröhrenkrankungen und Frauenleiden

durch **Dr. Foelsing's Mucosan**. Von ärztlichen Autoritäten empfohlen. Preis 4 Mk. Bestandteile: Diso-Infusiohydroxybenzoesäure. In den Apotheken zu Mk. 4.— 3121 **Dr. A. Foelsing, Offenbach a. M.**

Ziegenfelle
Angorafelle
Fussäcke
Fell-Autodecken

empfehlen in grossartiger Auswahl
List & Schlotterbeck
P 7, 1, Heidelbergerstr. Tel. 1858.

6702

Markt
2, 1.

Spezial-Geschäft
in
Felzwaren.

Hot-Pelzhandlung
Chr. Schwenzke.

Grösstes Lager fertiger Stücke

von den billigsten Preislagen bis zu den teinsten Felzarten.
Neuanfertigung u. Umarbeitungen
in bekannter Leistungsfähigkeit. 2204

Teleph. 1369.
Gegründet 1815.

Vervielfältigungen
und Abschriften auf
Schreibmaschinen.
Friedr. Burckhardt's Nachf.
O 3, 8 (K. Oberholden)
Fernspr. 4301.

31514

Magerkeit
bekämpft und heilt durch
erhält man schnell durch
Tibete's Oxidul-Extrakt
pulver
(angenehm schmeckend, Früh-
und u. Abendgetränk) 1/2 Pfd.
Dose M. 1.50 nur in der
Badenia-Drugerie, U 1, 9,
(a. d. Redarbrüchel) 6039



Crauringe

D. R. P. — ohne Nachfuge.
wollen Sie auch versetzt am
billigsten bei

G. Fesenmeyer,
P 1, 3, Breitestrasse.

Jedes Brautpaar erhält eine
geschmückte Schwarzwälder
Uhr gratis.

Dresdner Bank

Filiale in MANNHEIM, P 2, 12, Planken.
Aktienkapital und Reserven **Mark 232 000 000.**
Besorgung aller bankgeschäftlichen Angelegenheiten

543



Parfümerie Hess,

en gros u. en detail, ist das
erste u. grösste Parfümerie-
Spezial-Geschäft am Platze.
Gegr. E 1, 16, 1 Trappe u. Tel.
1870 : U 1, 5, Laden : 932

Dieses ist das
richtige Geschäft
zum Einkauf von
Schildpattkämmen,
Haarschmuck,
Schwämmen gross u. klein,
Kopf-, Kleider- und
Zahn-Bürsten,
Toilette-Spiegel,
Parfüms und Toilette-
Puder, 6427
Tannin-Kopfwasser,
Teer Shampooing,
Gillette-Rasierapparate,
Reismehlseife
mit dem Namen
„Otto Hess.“

Goldene Medaille Paris 1900. Grosser Preis St. Louis 1904. Langjähriger glänzender Erfolg! **KALODERMA** ZUR Schönheitspflege der Haut!

In allen Kulturstaaten im Gebrauch!
Trotz aller Nachahmungen unerreicht!
Kaloderma-Gelée wirkt sofort lindern und glättend bei rissiger Haut. Fettet nicht, da ohne Öl und Fett bereitet. 5962
Preis 50 Pfg. und 1 Mk.
Kaloderma-Seife mit Glycerin und Honig bereitet, unübertroffen zur Erhaltung einer hellen und zarten Haut. Preis 50 Pfg. u. St. 1.40 Mk.
Kaloderma-Reispuder beliebtes Toilettemittel. — Schmiegt sich der Haut auf das innigste an. Preis 50 Pfg. und 1 Mark
Kaloderma-Rasierseife steht durch Zusatz von Kaloderma-Gelée an der Spitze sämtl. Rasierseifen-Fabrikate. Preis 1 Mark
F. Wolff & Sohn, Hoflieferanten Karlsruhe
Zu haben in Apotheken, Parfümerien, Drogen- und Friseurgeschäften.

Johannes
Falck
Kaufhaus Bogen 37
Reste
zu
Gewicht 2467

„Adler“ Schreibmaschine

Häufig im Preis. — Erstklassig in jeder Beziehung.
Annähernd 45,000 im Gebrauch.
Referenzen, Kataloge und Vorführung auf Wunsch kostenlos durch die Generalvertretung



Hans Schmitt, C 4, 1. Telephon 1244. 840

Waren- u. Möbel-
Credithaus
Jttmann
Nachf.
H 1, 8 Mannheim H 1, 8

Auf
bequeme
Abzahlung

Herren-,
Knaben-,
Damen-,
Mädchen-
Confection

Möbel,
Betten,
Polsterwaren
Kinderbetten

Kleinste
Anzahlung
Reellste
Bedienung

F. C. Menger

Gold-
Füll-
Federhalter
beste Marken.

F. C. Menger
Spezialgeschäft für
Bureaubedarf
N 2, 1.

Verlangen Sie ausdrücklich
Reismehlseife
nur mit dem Namen
Otto Hess.



Hot-Kalligraph
Gander's
prim. method. Anzeigerungen.
Herren und Damen
erhalten in kurzer Zeit eine ideale
Handschrift
(M. 12.) oder Ausbildung in der
Schriftführung
in 12 M. (inkl. Stenographie,
Maschinenschrift, je M. 10.—
Lages u. Abb.-Karte, Druck, grat.
Eingeladener, Jahreskurs täglich)
Gebrüder Gander
C 1, 8 Paradenl. C 1, 8

66192